



Pressemitteilung

2. Oktober 2024
Seite 1 von 2

Potsdamer Platz 1
10785 Berlin

Tel. +49 30 18 681-43333
Fax +49 30 18 681-55366

presse@bkm-info.bund.de
www.kulturstaatsministerin.de
www.bundesregierung.de

Bund und Berlin geben Standort für das Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft bekannt

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hat sich gemeinsam mit dem Land Berlin und dem Bezirk Berlin-Mitte auf einen Standort zur Umsetzung des geplanten „Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland“ verständigt. Der zentrale Gedenkort soll im Spreebogenpark, unweit des Bundeskanzleramtes, entstehen und an die Opfer und Verfolgten der kommunistischen Diktatur erinnern.

Zur Festlegung auf einen Standort für das Denkmal unmittelbar vor dem Tag der Deutschen Einheit erklärt Kulturstaatsministerin Claudia Roth: „Gerade am Tag der Deutschen Einheit dürfen wir das Unrecht der SED-Diktatur und die Opfer des Kommunismus nicht vergessen. Viele Menschen, die sich für Menschenrechte und Freiheit eingesetzt haben, mussten dafür einen hohen Preis zahlen. Ohne ihren mutigen Einsatz wäre der Mauerfall kaum möglich gewesen.“

Auch das Leid, das das autoritäre DDR-Regime über viele Jahre verursacht hat, darf nicht in Vergessenheit geraten. Die Erinnerung an die Menschen, die an der Mauer ihr Leben verloren haben, an die Opfer von Willkürjustiz, von Heimerziehung oder Zwangsadoption sowie an die Menschen, die alltäglicher Überwachung ausgesetzt waren, bleibt unsere Verpflichtung. Diese Erinnerung überträgt uns die Verantwortung, die SED-Diktatur und ihre bis heute andauernden Folgen weiter konsequent aufzuarbeiten.“

Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin: „Wir müssen uns erinnern und dürfen niemals vergessen. Das sind wir den Opfern von Diktatur und Unterdrückung schuldig. Ich bin deshalb sehr froh, dass wir mit dem ‚Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland‘ eine Lücke in der deutschen Erinnerungskultur schließen. Berlin ist für dieses Denkmal der richtige Standort, denn Berlin ist die Stadt der Freiheit. Wir müssen auch heute für unsere Demokratie und Freiheit kämpfen und sie verteidigen. Das Denkmal wird zudem ein zentrales Zeichen der Mahnung sein, das uns allen die Gefahren und Folgen totalitärer Systeme bewusstmacht.“



2. Oktober 2024

Seite 2 von 2

Stefanie Remlinger, Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Mitte:

„Demokratie und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeiten. Das wollen, das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen. Es braucht, um an die unzähligen Opfer und Verfolgten der kommunistischen Diktatur in Deutschland zu erinnern, einen zentralen Gedenkort. Ich freue mich sehr, dass wir im Spreebogenpark, im Herzen unserer Demokratie einen kongenialen Ort dafür finden konnten. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Gestaltung des Denkmals die künstlerischen Ideen des Parks und auch seine Erholungsfunktion berücksichtigen wird.“

2019 beschloss der Deutsche Bundestag die Errichtung eines zentralen Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland. Die Beauftragte für Kultur und Medien fördert eine Koordinierungsstelle bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die die Planungen zur Realisierung des Denkmals begleitet. Ein wissenschaftlicher Beirat unter Beteiligung der Union der Opfer Kommunistischer Gewaltherrschaft hat eine inhaltliche Konzeption für das Mahnmal vorgelegt. Ergänzend zum Denkmal sind ein Informationsangebot vor Ort und eine vertiefende digitale Dokumentation geplant.

Nach Abschluss einer intensiven Suche nach einer geeigneten, freien Fläche im Zentrum der Hauptstadt und einer ersten baulichen Prüfung tritt das Vorhaben der Bundesregierung in eine neue Umsetzungsphase. 2025 stehen im Bundeshaushalt Mittel für einen Gestaltungswettbewerb zur Verfügung.